

führt. Bei der Komplexität des Syndikatsbetriebes würde die Kontrolle leicht verfallen und die Publizierung wäre wegen der ausgedehnten Konturen sehr bedenklich. Mit der geordneten Behandlung dieser Materie ist mindestens noch einige Jahre zu warten. Das Bemühen, das eine Regierung, die zu einem Einigwerden gegen die Syndikate entschlossen ist, ob im Einzelfall oder im allgemeinen, im Reichstag immer eine Majorität finden wird, ist unter Umständen wichtiger als ein Gesetz, das ein Messer ohne Stiel wäre. Wir werden die Frage der Syndikate dauernd im Auge behalten und nicht einen Augenblick abgesehen, einschreiten, wenn wir von der Notwendigkeit und der Möglichkeit eines erfolgreichen Eingreifens überzeugt sind. Der Staatssekretär erwidert die handelspolitischen Beziehungen zum Ausland. Da noch nicht übersehen ist, kann das schwedische Parlament den neuen schwedischen Zolltarif verabsichtigen, wird dem Reichstage in allerhöchster Zeit eine Vorlage ausgehen über die Verlängerung des bestehenden Vertrages bis zum 1. Dezember 1911. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss wird mit dem schwedischen Zolltarif eingehend befaßt werden. Auch unter handelspolitischen Verhältnis zu Japan wird uns demnächst beschäftigen. Wegen des französischen Zolltarifs hat die französische Regierung unsere freundschaftlichen Vorbehalte entgegenkommen. Wir werden hofentlich ohne Anwendung von Strafmaßnahmen zu einer Einigung gelangen. Unter Abkommen mit Canada gibt die Voraussetzung für neue Verhandlungen; wir hoffen, aus diesem Protokoll zu einem günstigen Vertrag zu gelangen. Zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Privatbeamtenversicherungsgesetzes werde ich fortfahren, sobald ich die Reichsversicherungsordnung aus der Hand geben kann. Eine Erweiterung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses oder die Errichtung eines eigenen Ausschusses ist nicht unbedenklich. Die Industrie sollte uns ihre Wünsche rechtzeitig bekannt geben; ich werde stets ernstlich bestrebt sein, sie zu berücksichtigen. (Beifall.)

Abg. Brestel (Köln)

führt Beschwerde über den wirtschaftlichen Boykott der Polen in Ostpreußen und empfiehlt eine Resolution seiner Fraktion auf gefällige Regelung des Aufnahmefalles der Ausländer in Ostpreußen.

Abg. Nieske (wirtsch. Bgg.)

nimmt gegen 7 Uhr das Wort und bekennt in seiner einleitenden Rede, daß die Redner ohne Rücksicht auf ihre nachfolgende Stundenlange Ausführungen mochten. Den Vorteil von der ganzen sozialen Gesetzgebung hätten nur die Arbeiter; man solle aber sie nicht den Mittelstand vergessen. Es sei unerwünscht, von unserer Sozialpolitik als von einem Bittel zu reden. Die Not des Mittelstandes erfordert Staatshilfe. Vom Januarsabund wollen wir nichts wissen. Was er will, können wir schon selber besorgen. Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung. Schluß 8 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung, 23. Februar 1910.

Am Ministertische: Staatssekretär v. Scheen. Vizepräsident Dr. Forst eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Die Gesandtschaften über die Erweiterung der Stadtkreise Magdeburg und Spandau werden nach kurzer Beratung der vereinigten Gemeindefunktion überlesen. Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt. Beim Etat des

Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten.

Abg. D. Sadenberg (nl.)

fragt, wie weit die Verhandlungen wegen Neutral-Moresnet geblieben seien.

Staatssekretär Frhr. v. Scheen:

Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Ob sie in Kürze zum Ziele führen werden, kann ich heute noch nicht sagen. Das Auswärtige Amt wendet der Frage besondere Aufmerksamkeit zu.

Abg. Kaufmann (Str.)

Eine baldige Regelung dieser Angelegenheit ist dringend notwendig. Die Schulbildung dort selbst unter dem gegenwärtigen Zustande.

Der Etat wird genehmigt.

Beim

Etat der Oberrechnungskammer

liegt ein Antrag der Budgetkommission vor, die Einnahme aus dem Reichsfonds zu der Befoldung des Vizepräsidenten um 2000 Mark zu ermäßigen.

Abg. Bellasohn (fr. Bgg.)

wendet sich dagegen, daß hier der Namen der neuen Befoldungsordnung durchbrochen werde.

Unterstaatssekretär Michalis

weist darauf hin, daß es sich nur um eine rein rechnungsmäßige Umwidlung mit dem Reiche handle, die Befoldungsordnung werde nicht durchbrochen.

Der Antrag wird angenommen.

Abg. Dr. Wagner (fr.)

beschwert sich darüber, daß in der Tätigkeit der Oberrechnungskammer sich gelegentlich dieser Bureaucratismus und Formalismus breit mache. Wegen ca. 19.337 Mk. seien 7 Jahre lang große Schreibereien entstanden.

Abg. Dr. Gottschalk:

Wenn die Oberrechnungskammer auf Mißständen in der Finanzverwaltung aufmerksam machen kann, so müßte sie auch auf das Budget einwirken können, um Mißständen vorzubeugen. Die Oberrechnungskammer sollte auch durch Provinzial- und Lokalinstanzen entlastet werden.

Der Etat wird genehmigt, ebenso ohne Erörterung der Etat des Kriegsministeriums. Es folgt der

Etat des Ministeriums des Innern.

Auf Vorschlag des Verlesersleiters v. Pappenheim (lon.) werden von der Versammlung ausgeschlossen die Fragen der Wahlrechtsreform, der rheinischen Landgemeindeordnung, der Bildung von Zweckverbänden und der Regelung des Automobilverkehrs. Mehrere die Gegenstände sind Vorlagen teils bereits eingegangen, teils bald zu erwarten. Gegen den Vorschlag stimmten nur Sozialdemokraten, Polen und ein Teil des Freilands.

Bei den Einnahmen meist Verlesersleiter

v. Pappenheim (lon.)

auf die Bedeutung hin, die man neuerdings den Polizeigenossen beimesse. Jetzt sei eine „Judt- und Desinfektions für Polizeigenossen bei Grünheide“ errichtet.

Abg. Dr. Saisa (Str.)

hittet, auch von Privaten geschädigte Grunde zu berücksichtigen. Beim Titel „Beihilfen für unterstützungsbedürftige ehemalige Krieger“ fragt

Abg. Beyer-Kellhoff (Str.)

nach der Zahl der noch vorhandenen Kriegsveteranen in Preußen. Unterstaatssekretär Michalis

meint, daß schätzungsweise 200 000 Veteranen vorhanden seien, von denen 133 078 Kriegswaisen erhalten. Das Reich erachtet den Beihilfenbetrag ständig, entsprechend der wachsenden Zahl der Unterstützungsanträge. A conto der vom Reich reichlicher stehenden Mittel sind wir zu unserer Freude in der Lage, die Unterstützungen reichlicher zu bemessen, als früher. Eine Prüfung der politischen Haltung der Veteranen findet nicht statt, sie hat mit der Gewährung der Veteranenbeihilfe nicht das geringste zu schaffen. Sollte es gelingen, im Reiche eine weitere Vermehrung des Unterstützungs fonds herbeizuführen, so wird das niemand feindlicher begrüßen, als die preussische Regierung. (Beifall.)

Abg. Dr. Pashnie (fr. Bgg.)

Erfreulicherweise werden gegenwärtig alle wirtschaftlich gerechtfertigten Ansprüche auf Veteranenbeihilfe auch tatsächlich befreit. Wir erfahren mit Genugthuung, daß politische Rücksichten bei Würdigung der Veteranenansprüche nicht in Betracht gezogen werden. (Beifall.)

Die Einnahmen werden bemittelt.

Es folgt die allgemeine Aussprache beim Titel „Ministerrat“. Abg. Dr. Bell (Str.)

fordert Beilegung des plutokratischen Charakters des Wahlrechts. In Breslau haben sich die Liberalen gegen eine Minderung dieses plutokratischen Charakters ausgesprochen, weil das ihnen Beifallhand geführte hätte. (Hört! Hört! im Zur, Jura links: Das Zentrum macht es nicht besser!) Wo das gefehlt, müßte ich es genau so scharf. Auf den Inhalt der Kreisblätter sollte mehr geachtet werden. Sie bringen Artikel, welche das religiöse Gefühl verletzen. Nach wie vor wird zu viel registriert. Das bezieht sich auch auf die Kaiser, denen das Ministerium des Innern mehr Schwereigkeiten mache, als das Kultusministerium. (Hört! Hört! im Zur.) Im Westen hat ein Regierungspräsident sich sogar um das Sandstreuen bei Glätze gekümmert. Welch Unflut, wenn der Minister ausgerufen wäre! (Große Heiterkeit.) In Kiel durfte ein englischer Redner, der früher in Berlin vom Staatsminister von Bismarck feierlich begrüßt worden war, nicht sprechen. Das widerspricht den Erklärungen des Staatssekretärs des Innern im Reichstage. Auf dem Katholikentage in Breslau wurde eine polnische Verammlung verboten. Zum Schluß möchte ich auf die Broschüre hinweisen. „Rückfall und seine Zeit“, die unter dem Pseudonym „Germanus“ erschienen ist. In der Broschüre nimmt es von Beschimpfungen der Zentrumspartei und der katholischen Kirche. Es heißt: „Die Marienkirche Kongregationen vermehren sich, kirchensüchtig“. Herr v. Studt soll die Jugendschiffe an das Zentrum geradezu verschleudert haben, nur um ein freundschaftliches Bündnis zum Zentrum zu erhalten. Gegenüber dem Chef des Marineamts treibt „Germanus“ geradezu Ministerzürerei. Von Herrn v. Seydewitz wird gesagt, er sei der ungetrübte König von Preußen und leuere auf den heimlichen Kaiser von Deutschland hin. Der Inhalt des Pamphlets wäre an sich gleichgültig. Es sei aber von sehr hoher Stelle in Berlin amtlich empfohlen worden, zum Minister des Innern; der es auch in der amtlichen „Berliner Korrespondenz“ empfohlen habe. Wie könne der Minister ein Buch protegieren, das große Beleidigungen der katolischen Kirche, schändliche Angriffe gegen einen früheren Ministerkollegen enthalte! Es sei zu hoffen, daß der Minister den Brief an den Verleger unterschrieben habe, ohne von seinem Inhalt Kenntnis zu nehmen. (Große Heiterkeit.) Das ist aber doch eine bedauerliche Unvorsichtigkeit des Ministers. Dieflechte ist, satirum non scribere! (Beifall im Zentr.)

Minister des Innern v. Mollath:

Ich habe das Buch zunächst nur flüchtig durchgelesen. (Heiterkeit.) Ich danke Ihnen, der mir ein Buch zugeht, ohne mich mit dem Inhalt des Buches zu identifizieren. Die heute verlesenen Stellen möchte ich nicht unterschreiben. Beim Durchblättern des Buches habe ich gefunden, daß manches ganz anständig besprochen ist. Ich habe das Buch nicht empfohlen. Die Besprechung in der „Berliner Korrespondenz“ ist ganz vorzüglich gehalten. Es heißt da: Da der Verfasser als Privatmann die politischen Vorgänge nur in ihren äußeren Erscheinungsformen ins Auge zu fassen und sie nach seiner subjektiven Auslegung zu beleuchten vermag, so ist es erklärlich, daß er in manchen Dingen sehr richtig und sein journalistischer Eifer hieselben über das Ziel hinausgeschickt. Das ist doch keine warme Empfehlung. Beim Katholikentag in Breslau hat der Regierungspräsident durchaus objektiv gehandelt. Breslau ist keine Stadt mit über 60 Proz. polnischer Bevölkerung. Der Breslauer Regierungspräsident hat sich nun an den Regierungspräsidenten in Oppeln gewandt. (Zuruf bei den Polen: Das ist der richtige!) Dieser hat ermitteht, daß zwar in den meisten dieser Vereine genöthigt polnisch gesprochen wird, daß aber die Mehrzahl der Mitglieder einem deutschen Vortrage gut folgen könne. Der 12. des Vereinsgesetzes ist auch eine nationale Forderung. Die Breslauer Deutschen hätten es ihnen empfunden, wenn § 12 nicht angewandt worden wäre, und man hätte damit auch eine Präjudiz geschaffen, das die Durchführung des Vereinsgesetzes sehr erschwert hätte. Im Riekel hat gehoben Ort, Zeit und Umstände die Untertragung der Beteiligung ausländischer Redner. Damals als der baltische Streik gerade erlobt und der schwedische Generalstreik noch im Gange war, hat der Polizeipräsident — wie die Folge zeigte, mit Recht — angenommen, daß über diese Streiks mehr verhandelt werden würde, als über den Weltfrieden, das eigentliche Thema. Ausländische „Genossen“ kann ich so sozialdemokratischen Versammlungen, zumal sie als Ausländer nicht unter dem Vereinsgesetz sehen, nicht zulassen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Pappenheim (lon.):

Die Empfehlung der Germanus-Broschüre in der amtlichen „Berl. Korz.“ muß den Anschein erwecken, als sei die königliche Staatsregierung mit der in der Broschüre enthaltenen Tendenzen und Beschimpfungen großer Parteien einverstanden. (Sehr richtig! rechts im Zentr.) Der Minister will in der Broschüre gehandelt haben, ich kann nur annehmen, daß er sehr flüchtig gehandelt hat, ich kann nicht annehmen, daß die Schmähungen des hochverdienlichen und hochverehrten Dr. Studt in diesem Buche gutgehen kann, ich kann nicht annehmen, daß der Minister auch nur etwas von dem Inhalt dieses Buches bekannt gewesen ist. Aber schon die Veröffentlichung des Verfassers hätte den Minister zu äußerster Vorsicht mahnen müssen, dieser Germanus hat von einem deutschen Germanen nicht, als die leidende Sache, im Riekel zu fassen, und das hat er gerade in letzter Zeit mit Erfolg bejagt! Daß der Minister seine Beamten zu denen sucht, die in sehr vornehm, aber uns bleibt es unverständlich, daß die ganze Sache überhaupt vorzukommen konnte. Im Ministerium ist sicherlich ein tiefbedauerlicher Dapfus vorgekommen, denn wir können nicht annehmen (der Redner schlägt mit der Faust auf's Brust), daß ein preussischer Minister sich mit den in diesem Buch niedergelegten Tendenzen und Ansichten identifizieren kann! (Sehr Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Frick (nl.)

tritt für Abschaffung der Arreststrafe bei den Unterbeamten ein. Der scharfe Kritik des Abg. v. Pappenheim über die Stellungnahme des Ministers zu der Germanus-Broschüre schließt sich ein Vertragsantrag wieder abgelehnt.

Abg. Dr. Diebner (Soz.):

Preußen ist ein Volkstaat, das exochen. Deshalb muß die Verewaltung von oben bis unten demokratisiert werden. Das kann nur mit Hilfe des allgemeinen, gleichen, geheimes und direkten Wahlrechts geschehen. Wie es die Landräte freieren, hat der Fallung meist entgegen ist, ist die Sicherheitspolizei. Polizeikommission v. Trezlow, der beruflich mit der Prostitution viel zu tun hat, nimmt diesen Opfern unserer Gesellschaftsordnung gegenüber einen Standpunkt ein, der dem Standpunkt der Sozialdemokraten gegenüber entpricht. Die Polizei spielt den Kunststrolch, vertritt aber findet man jetzt auch in bürgerlichen Parteien. (Zuruf rechts: „Berliner Tagesblatt“) Das ist kein sozialdemokratisches Weltbild! Polizei mißhandelt. Auf die Berliner organisierte Jugend hat man ohne jede Veranlassung Polizeiverbot geschickt. Formlose Unfluthen wurden durch Gendarmen scharfweise verlesen, — was freilich nur Gericht mit einem erbärmlichen Fiasco — was endete. Das Verarmungsverbot in Kiel ist nur eine heimliche Schikane des Ministers gegenüber den Arbeitern.

Vizepräsident Dr. Forst

erlaubt den Redner, seine Ausdrücke zu mäßigen.

Abg. Dr. Diebner:

Ich habe in Kiel von 10 000 Personen gesprochen, ohne daß mich die Behörden vorgekommen wären, ohne die Erregung der Zeitungs, die empört darüber waren, und es als eine Schande für Deutschland betrachteten, daß der Jar deutschen Boden betrat.

Vizepräsident Dr. Forst:

ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Dr. Diebner:

In Breslau ist die Polizei besonders schändlich. Dort hat sie eine Verarmung des Herrn v. Gerlach initiiert, weil in der Anmeldung die Angabe des Verarmungsbeginns fehlte. Da man hat noch Anträge erhoben wegen Überbetretung des Vereinsgesetzes. Das Fremdenrecht muß reorganisiert werden. Wie es in den Kontrollstationen für Ausländer zugeht, hat in ein Redakteur des „Germanus“ festgestellt. (Zuruf des Abg. Stroffer (lon.): Spindel!) Also Ihnen, Herr Stroffer, spricht nur die ökonomische Welt darüber, daß wir wieder einen Schmähgedicht der preussischen Verewaltung aufgedeckt haben.

Vizepräsident Dr. Forst:

Ich muß den Redner ersuchen, seine Ausdrücke zu mäßigen.

Abg. Dr. Diebner:

Strahendemonstrationen sind durchaus gefehlich. In Berlin sind sie auch durchaus würdig verboten. (Zuruf rechts: Das ist ja langweilig!) Für uns ist nichts langweilig! Die Demonstrationen legen von hohem Idealismus, von einer Begeisterung Zeugnis ab, die Ihnen (nach rechts) den Ausbeutern und Unterdrückten des Volkes zu denken geben sollte. (Große Ironie rechts.) Vizepräsident Dr. Forst erlaubt ein Unterbrechung solcher Ausdrücke. (Spindel!) Also Ihnen, Herr Stroffer, spricht nur die ökonomische Welt darüber, daß wir wieder einen Schmähgedicht der preussischen Verewaltung aufgedeckt haben. (Stimmlicher Widerspruch.)

Vizepräsident Dr. Forst:

ruft den Redner zur Ordnung und verweist ihn auf die gefällige ordnungsmäßigen Folgen des zweiten Ordnungszus.

Abg. Dr. Diebner:

Wogu war das Ministerium konstitutionär? Warum überläßt es die Polizei nicht uns, Ordnung zu halten. (Lachen rechts.) Wir werden auch vor härteren Mitteln als den Demonstrationen nicht zurückweichen. (Lachen rechts.) Ich meine, eine schärfere Migration und auch der Massenstreik wird kommen als Antwort auf die Gewandordnung des Volkes. Auch die Beamten werden sich uns anschließen, und schließlich werden Sie (nach rechts) auch der letzten Wuchtmittel gegen uns bar sein: der Polizei und des Militärs. (Schallendes Gelächter rechts.)

Minister v. Mollath:

Die Rede des Vorredners hat auf mich nicht den geringsten Eindruck gemacht. Ich muß aber antworten, weil ich die vielen Entstellungen und Uebersetzungen nicht unterdrücken ins Land gehen lassen kann. Ich kann nur sagen, in allen Städten hat die Polizei bei den Demonstrationen lediglich ihre Pflicht getan. Wo Blut geflossen ist, war die Schuld auf Seiten der Demonstrationen. (Sehr richtig! rechts.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Dem Besuch Aehrenthals in Berlin

widmet das Organ des Grafen, das „Remondellat“, einen Artikel, in dem zunächst die große Genugthuung über den herzlichsten Empfang Aehrenthals in Berlin zum Ausdruck gelangt. Das offizielle Blatt fährt fort:

„Es ist dem Grafen Aehrenthal beschieden gewesen, in einer geschichtlichen Zeit den österreichisch-ungarischen Staatsgeheimen durchzulegen. Dafür hat es ihm an Dank in seinem Vaterland nicht gefehelt, aber keine Anerkennung dessen, was er für sein Vaterland kann, kann ihm mehr freuen, als diejenige, die ihm jetzt so würdig in Berlin ausgesprochen wurde. Denn die Politik, die solche Erfolge erzielen konnte, hat an der deutschen Bundestreue ihre größte Stütze gehabt, und das Jahr, in welchem ich Graf Aehrenthal seinen Platz in der Geschichte geliebt, ist auch das Ehrenjahr des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn gewesen.“

Relativer Rückgang der Unfallrenten.

Wie aus dem neuesten, dem Reichstage unterbreitetem Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamtes hervorgeht, sind im Jahre 1909 an Entschädigungen für Unfälle durch

die Berufsgenossenschaften und die sonstigen Träger der Unfallversicherung 162,2 Millionen Mark zur Ausstattung gelangt. Die Gesamtsumme der gesicherten Entschädigungsbeträge (Renten usw.) belief sich im Jahre 1908 auf 17,1 Millionen Mark. Sie hat sich demgemäß auf 17,1 Millionen Jahre um 5,1 Millionen Mark erhöht. Der geringe Umfang der Steigerung wird aufzufallen. Noch in den letzten Jahren unter dem alten Unfallversicherungsgesetz liegen die Unfallentschädigungen der jährlich um 7 bis 8 Millionen Mark. Im ersten Jahre der Geltung des neuen Gesetzes betrug die Jahressteigerung so geringe 12 Millionen Mark, zeigte dann allerdings wieder eine abnehmende Tendenz, hielt sich aber immer noch auf 8 bis 10 Millionen Mark. So betrug sie von 1907 auf 1908 noch 8 Millionen Mark. Jetzt ist zum ersten Male eine beträchtliche Minderung in der Jahressteigerung der Unfallrenten festzustellen. Man muß schon auf die letzten acht Jahre des vorigen Jahrzehnts zurückgehen, um ähnliche Steigerungsstößen zu finden.

Sport und Takt.

Der Touring-Klub von Frankreich, der im Elsaß selbst viele Mitglieder zählt und letzter Zeit in der französischen Presse das Hauptobjekt seiner Tätigkeit zu werden scheint, läßt es sich im Winterurlauben, in den Gebirgen der elsässischen Kreise für Frankreich im Zustand der Spannung und Wärme zu erhalten, und zwar in einer Weise, die nicht sehr taktvoll genannt werden kann. In Verfolgung dieser Bestrebungen knüpft der Touring-Klub in Frankreich an die elsässischen Vereinigungen der „Boson-Franzosen“ an. Vom 12. bis zum 19. d. Mts. veranstaltete er zum ersten Male eine Sportwoche, wobei auch die elsässischen Bogesen und der Donon besucht wurden. Bei der sich anschließenden Feier in dem deutschen Hotel Velseda auf dem Donon, an der auch viele Elsässer teilnahmen, ging es natürlich sehr französisch in Elsaßer Kostümen zu, so daß eine Teilnehmerin aus Paris überaus und entsetzt auslief, wie ein Bericht sagt, in dem Ruf ausbrach: „Oh glaube, hier steht man Deutschland nicht sehr.“ Am Schluß der Feiern wurde natürlich die „Marzialische“ gespielt, so daß der Götterrat sehr unannehmlichkeiten mit der Polizei bekommen wird.

Da hier wieder einmal offen betätigte Fühlung der Franzosen mit den Elsässern können, so schreibt sehr richtig die „Rhein. Ztg.“, wir nicht sehr taktvoll nennen. Wir würden es für schicklicher halten, wenn sie im Verkehr mit den Elsässern sich selbst etwas zurückhielten und sie namentlich nicht im Lande unter allerhand Vorwänden aufsuchten. Denn die Elsässer vergessen sich bei solchen Gelegenheiten erfahrungsmäßig leicht und müssen hernach die Suppe ausspeien, die andere ihnen eingebracht haben. Der Touring-Klub von Frankreich, der zur französischen Armee Beziehungen hat, läßt deshalb besser, für sportliches Arbeitsgebiet der Grenze etwas ferner zu legen.

Deutschland in Marokko.

— In Bezug auf das französische Ultimatum an Marokko wird hierbald ein Artikel veröffentlicht, von dem die deutsche Seite sei im Marokko-Vertrage getreu worden, sich dem französischen Verlangen zu unterwerfen, weil man damit den allerhöchsten Interessen am besten dienen könne. Auch andere Mächte sind in demselben Sinne vorzüglich geworden.

In Bezug auf die Meinungen französischer Blätter, als ob auch andere europäische Kolonien und amtliche Vertreter als Demonstration gegen den Sultan Geiz verlassen wollen, wird erklärt, daß die Abreise des deutschen Konsuls nach dem Gesichtspunkte entschieden werde, ob eine Zulassung des Verhältnisses zwischen dem Sultan und Frankreich die Gefahr einer Leben und Sicherheit der Ausländer bedrohenden Erregung der Bevölkerung nachdringt. Zugleich wird der Sultan in jeder Weise gegenüber den Forderungen Frankreichs nachgegeben.

Parlamentarisches.

Ein überflüssiges Ministerium.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

D. Berlin, 22. Febr. 1910.

Zur einmal im Jahre, wenn der Etat im preussischen Abgeordnetenhaus zur Beratung steht, erzählt das größere Publikum, daß es in Preußen auch noch ein Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gibt. Somit wird im deutschen Volke immer angenommen, das Reich besorge die gesamte auswärtige Politik. Tatsächlich hat ja nun auch Preußen durch Vertrag seine gesamte Auslandspolitik auf das Reich übertragen. Dadurch, sollte man meinen, wäre ein überflüssiges Ministerium für Preußen weggelassen. Dem ist nicht so. Der preussische Ministerpräsident ist gleichzeitig Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Wie alle Ressorts, so hat auch das Ministerium des Auswärtigen seinen Etat. Wir finden darin eine Einnahme von 8000 Mk., die sich aus dem Erlös von Metzen aus Getreidestützgebäuden zusammensetzt, und eine Ausgabe von 580 700 Mk.

Aus dem Etat ersehen wir, daß Preußen an das Reich eine jährliche Abfindungssumme für die Versorgung rein preussischer Angelegenheiten von 120 000 Mk. zahlt. Hieraus läßt sich ungefähr nachweisen, daß das Reich sehr wohl in der Lage wäre, auch die jetzt noch übrig gebliebene besondere preussische Vertretung gegen eine angemessene Entschädigung zu übernehmen.

Preußen gestattet sich den Luxus, an den Höfen in Wien, Dresden, Karlsruhe, Stuttgart, Darmstadt, Oldenburg und Weimar, sowie in Garmisch noch besondere Gesandte zu unterhalten. Außerdem besteht noch eine preussische Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle. Die Gesandten sind lediglich Repräsentationspersonen. Sie dienen rein höfischen Zwecken, ihre sonstige Tätigkeit ist gleich Null. Der Staat hat ihnen teilweise fürstliche Gebäude errichtet, so erst letzthin in München. Die Unterhaltung derselben kostet dem Staate Unsummen. Die Gesandten bestehen, um entsprechend repräsentativ zu können, ganz erlesene Gefährten. So erhielt der Gesandte beim Vatikan 60 000 Mk., derjenige in München 45 000 Mk., der in Dresden, Karlsruhe, Stuttgart und Hamburg, 30 000 Mk., in Darmstadt und Oldenburg je 24 000 Mk. und in Weimar 18 000 Mk. Hierzu kommt natürlich noch ein Etat von Beamten, so daß der gesamte Apparat dem preussischen Staate 470 000 Mk. kostet.

In einer Zeit, wo überall Sparjamkeit gepredigt wird, und zwar mit Recht, wäre es doch wirklich angebracht, mit solchen rein repräsentativen Einrichtungen zu brechen. Schon oft sind Anfragen im Landtage gestellt worden, was denn eigentlich die preussischen Gesandten zu tun hätten. Wie hat man eine befriedigende Auskunft erhalten können. Und doch, jetzt hat erst kürzlich der Finanzminister v. Rheinbagen im Landtage erklärt, daß es der Tätigkeit des preussischen Gesandten in Wien, Karlsruhe, Stuttgart, Dresden, Oldenburg und Weimar zu einem befriedigenden Ende zu führen. Wenn das auch nicht viel ist, so ist es doch wenigstens etwas. Wir meinen aber, solche Verhandlungen ließen sich ebensogut durch Kommissare erledigen, die man von Berlin aus hinsendet. Jedenfalls braucht man, um alle Unzulänglichkeiten einmal einzufallen zu erleben, keine so kostspielige Einrichtung zu unterhalten. Der Abg. Friedberg hatte ganz recht, wenn er meinte, er freue sich, daß ein preussischer Gesandter wenigstens einmal etwas zu tun gehabt habe, was ja sehr selten vorkomme.

Die preussische Regierung arbeitet jetzt, wie bekannt, an einer Gesetzesvorlage, um die Verwaltung durch Verminderung der Beamtenzahl zu vereinfachen und zu verbilligen. Bestimmten behaupten ja allerdings, bei der Reform würde nicht viel herauskommen. Vielleicht behalten sie recht. Bei 500 000 Mk. könnte aber der preussische Staat schon jährlich sparen, wenn er den Rest des preussischen Parzialismus durch Aufhebung der überflüssigen Vertretungen in den deutschen Höfen beseitigte. Freuen Sie sich dadurch wirklich nicht in der Gefahr, Einbuße an seinem Ansehen zu erleiden.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags stellte den Bericht über die Wahl des Abg. Wehl (nl.), dessen Ungültigkeit sie beantragt, fest. — Abg. Wehl ist in Celle-Becken-Größen gegen Weisen und Sozialdemokraten gewählt worden.

Die Subjektionskommission des Abgeordnetenhauses führte die Generalabstimmung über die wirtschaftliche Seite des Eisenbahnsatzes zu Ende. Ein nationalliberales Kommissionsmitglied sprach sich für eine Beschränkung der dritten und vierten Klasse aus. Ein rechtskonservatives Kommissionsmitglied vertrat die Anschauung, daß so bald wie möglich im Reiche die Aufhebung der Fahrkartentaxe in Angriff genommen werden müßte, und daß alle Parteien, die sich früher für die Aufhebung der Fahrkartentaxe ausgesprochen hätten, aus der Verärgerung über die Reichsfinanzreform einen Grund herleiten sollten, die Aufhebung der Fahrkartentaxe so bald wie möglich herbeizuführen. Der Eisenbahnmন্ত্রী sprach sich in einer Petition der Veteranen um Fahrpreisermäßigung zum Kriegsjubiläum wohlwollend aus. Schließlich wurde beschlossen, alle Beamtentragen bei der Behandlung der Petitionen zu erweitern. Ein Mitglied des Zentrums trat den Petitionen der Eisenbahnschaffner entgegen, mit den Volkspolitikern im Reiche gleichgestellt zu werden, meinte jedoch, daß sich dieser Wunsch nicht erfüllen lassen werde, da die Regelung der Beförderung der Beamten durch die Veranschlagung der Beförderung als erledigt betrachtet müsse und die Erhöhung der Gehälter der Eisenbahnschaffner Konsequenzen für die anderen Beamtensategorien herbeiführen müßte. Der Eisenbahnmন্ত্রী teilte diesen Standpunkt und hob hervor, daß die Eisenbahnschaffner insofern günstig gestellt seien, als zwei Drittel von ihnen Militärämter hätten. Ein Kommissionsmitglied vertrat die Ansicht, daß man bei der Regelung der Beförderung der Beamtensategorien von dem Grundsatze ausgehen sei, daß eine Gleichstellung der Beamten in Preußen und dem Reich erforderlich sei.

Parteinachrichten.

Zur Stichwahl Wülheim-Wipperfüß. Ueber die Stellungnahme der Parteien bei der bevorstehenden Stichwahl in Wülheim-Wipperfüß wird gemeldet: Die christlich-sozialistische Partei beifolgt, bei der Stichwahl am Sonnabend für den Zentrumskandidaten Steinhildegardstr. Marx einzutreten. Die nationalliberale Partei verteidigt sich als erledigt betrachtet. Die Freiheitlich-proletarische Partei beifolgt, bei der Stichwahl am Sonnabend für den Zentrumskandidaten Steinhildegardstr. Marx einzutreten. Die nationalliberale Partei verteidigt sich als erledigt betrachtet. Die Freiheitlich-proletarische Partei beifolgt, bei der Stichwahl am Sonnabend für den Zentrumskandidaten Steinhildegardstr. Marx einzutreten.

Aus den Kolonien.

Die Landwirtschaft in unseren Kolonien.

In Gegenwart einer Reihe von Regierungsvertretern zahlreicher Missionen und bekannten Kolonialpolitikern war gestern in Berlin die Kolonialabteilung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft zu ihrer dritten Hauptversammlung versammelt. Aus dem Reichskolonialamt war Unterstaatssekretär v. Vindequitt erschienen. Unter den Anwesenden sah man den früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Generalmajor z. D. v. Liebert. Der Vorsitzende, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Wohltmann aus Halle begriffte es, daß die Reichsbehörden der Arbeit der Abteilung ihr besonderes Interesse entgegenbringen. Den Gehaltsbescheid ertheilte der Gehaltsführer Dr. v. Hillmann. Zu dem Gehaltsbescheid ergriß auch Unterstaatssekretär v. Vindequitt das Wort. Wenn man diesen Bericht hört, so kommt man dem Eindruck, daß die Kolonialabteilung der D. L. G. in der kurzen Zeit ihres Bestehens doch schon sehr Erfolge gezeichnet hat. Die verschiedenen Aufgaben, die sie sich gestellt hat, sind gerade von besonderer Wichtigkeit, so z. B. die Förderung der Weltwirtschaft, die Düngefragen, ganz zu schweigen vom Baumwollenbau. Wer in Britisch-Südafrika gelebt hat, weiß, wie wichtig diese Frage ist, und wie die dortigen Wollwandler immer klagten, daß die Wollmenge nicht genügend gepflegt wird. Ganz ähnliches gilt von Düngungsfragen. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß die Kolonialabteilung auf diesem Wege weiter arbeiten mag. (Lebhafter Beifall.) In der Besprechung wies der Vorsitzende, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Wohltmann (Halle) darauf hin, daß auch der tropische Boden nicht unerlässlich ist. Auch bei den Böden in unseren Kolonien handelt es sich nicht um solche, die einfach durch Raubbau zu nutzen sind. Wir erreichen für gewöhnlich auch nur Mittelträge, Höchsterträge nur bei künstlicher Düngung. Farmer Dr. Ferron aus Vind in Deutsch-Ostafrika bedauerte es, daß das Kaffee-Syndikat unsere Kolonien als Ausland behandelt. Vom Kaffee-Syndikat ergriß hierzu Dr. Ferron das Wort. Er sei froh, auf die Anfrage des Dr. Ferron nicht vorbereitet, zur Frachtpreisfrage sei ebenfalls zu empfinden, nicht Kolonial zu beziehen, sondern möglichst bodenprozentige konzentrierte Salze. Das Kaffee-Syndikat werde die Befürderung aber wohlwollend prüfen. Professor Wohltmann dankte für alle diese Hinweise, bemerkte aber, daß wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen nicht in dem Rahmen der Abteilung gehören.

Kolonialgesellschaft, Staatssekretär und Gouverneur. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Kringel hat folgendes Telegramm vom Vizebürgermeister Bürgermeister Krepelin erhalten: „Da Gonderredt der Kolonialgesellschaft erst am 1. April 1911 abläuft und Vertrag, dessen Annahme der Staatssekretär Ende Januar empfahl, als gewiß ergehen läßt, daß der Landesratismus erneut scharf geschildert wird, bitten wir dringend, Abklärung des neuen Vertrages bis nach Eingang ausführlicher Denkschrift zu verhindern. Ueber Vertragsentwurf bemerken folgendes: Land und Bergrecht zwischen 28 Grad und 30 Grad, die Staatssekretär für Kolonialgesellschaft anerkannt, befreit Gouverneur unter Ablehnung der Auszahlung einer halben Million eingehaltener Schiffsgebühren an Kolonialgesellschaft; diese nach Bergverordnung genehmigt. Einweisen auf Fehlen des der Gesellschaft ungenügenden Ausschlußurteils bezüglich Betrieben April 1886, welches unter Rechtstiteln unbedingt aufzuführen war.“

Krepelin, Bürgermeister.“

Heer und Flotte.

Die Weisegelder für Seeoffiziere. Bei den gegenwärtigen Beratungen der Budgetkommission des Reichstages hat man sich eingehend darüber unterhalten, ob die Seeoffiziere zusehender mehr Weisegelder ausbezahlt werden sollen. Die Abgeordneten, welche das letztere behaupteten, äußerten den besagten Wunsch, man möge ihnen doch mal die Weisegeldrechnungen im Original vorlegen. Das Reichsmarineamt hat sich nun telegraphisch einige Weisegelder der Flotte kommen lassen, wird sie aber kaum dem Reichstage vorlegen. Denn es zeigt sich, daß diejenigen Abgeordneten, die behauptet hatten, daß trotz der vom Reichsmarineamt als notwendig bezeichneten Repräsentationspflichten erhebliche Mehrbeträge an die einzelnen Seeoffiziere ausbezahlt würden, völlig im Rechte sind. So beträgt z. B. im letzten Jahre auf 2. M. 2. „Schleswig-Holstein“ der Heberisch der Seeoffizier mehr als 7000 Mark. Nicht ergründet sind in dieser Summe die bisher auch beträchtlichen Ersparnisse der Kommandanten etc. Daß unter diesen Umständen der von der Budgetkommission beschlossene Absatz für die mehr geforderten 270 000 Mark durchaus berechtigt ist, dürfte daher einleuchten.

Kleine politische Nachrichten.

Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. Wie das Direktorium der internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 mitteilt, hat die französische Regierung die Einladung zur Beteiligung an der Ausstellung offiziell angenommen.

„Diplomierter Ingenieur“ oder „Diplom-Ingenieur“. Der Senat der Charlottenburger Technischen Hochschule hat über die Ernennung zum Diplomingenieur einen neuen Beschluß gefaßt, wonach die ehemaligen Studierenden der Hochschule, die auf Grund der früher geltenden Diplomprüfungsbestimmungen oder Uebergangsbestimmungen das Diplom „Diplomierter Ingenieur“ erhalten, den Grad eines Diplom-Ingenieurs erhalten sollen. Nicht anwendbar ist dieser Beschluß auf Ausländer.

Aus dem Landesauswahlschuss des Elsaß. Der Antrag des Landesauswahlschusses auf Einführung des allgemeinen Wahlschusses auf der Grundlage der Proportionalwahl ist von allen Abgeordneten unter Beibehaltung mit Ausnahme der Abgeordneten Wien, Fuchs, Gungert, Höfel, Saunze, Köhlin, Scheibler und Winterer. Der Antrag führt den Namen des lothringischen Führers Dittich, der früher Gegner war.

Ein amerikanisches Institut der Berliner Universität. Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff brachte bei der Washington-Feier der Johns Hopkins-Universität, der er als Gast beizuohnte, einen Trinkspruch auf die Universitäten aus, in dem er die Zweigemeinschaft der deutschen und amerikanischen Universitäten hervorhob. Er erwähnte bei dieser Gelegenheit, daß mit Unterstützung verschiedener deutscher und amerikanischer Herren bemerkt ein „American Institute“ in Verbindung mit der Berliner Universität gegründet werden wird.

Hof- und Personalnachrichten. Das Kaiserpaar macht gestern eine Ausfahrt; der Kaiser sprach beim Reichsanwalt vor. Zur Jubiläumfeier im Königl. Hofe waren geladen General von Deines, Oberpräsident von Conrad, Wittl, Geh. Rat Dr. Vobe und Kaiserlicher Gesandter von dem Botschaftshausen.

Prinz Heinrich von Preußen empfangt gestern in London eine Abordnung des englisch-deutschen Freundschafts-Komitees. Die Abordnung bestand aus dem Herzog v. Argyll, dem Lord Alcebury, dem Vorstand des Komitees und herangezogenen Mitgliedern. Neben Graf Galandier auf der deutschen Botschaft, an dem der König, die Königin, Prinz und Prinzessin Heinrich, Premierminister Asquith und der Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey teilnahmen.

Ausland.

Der Dalai Lama auf der Flucht nach Indien.

Der „Times“ wird aus Kalkutta telegraphiert: Der Dalai Lama hat in Begleitung einer Anzahl höherer Beamter Thapa verlassen und ist über die indische Grenze geflohen. Er dürfte nächste Woche in Darjiling eintreffen. Thapa hat eine kleine Armee mit mongolischen Truppen, die seine Anhänger sind, nach Tibet abgezogen, welche die Eingeborenen mißhandeln, die Kaiser berauben und den Scherben trotzen. 2000 Mann dieser Truppen müssen zwischen Thapa erreicht haben, und allem Anschein nach ist der Dalai Lama vor ihnen geflüchtet. Schon vor drei Wochen war in Peking um Schutz gegen diese Mongolenherden gebeten worden, doch war diese Bitte dort unbeachtet geblieben. Die „Times“ erachtet es als sehr bedauernd, daß der Dalai Lama sich auf britisches Gebiet geflüchtet hat.

Kleine Tagesnachrichten.

Die Permanente Zulemissionskommission. Die von England zu ersuchenden Besatzungen auf Uferungsgegnisse für raffinierten englischen Auswanderer wurden genehmigt, ebenso die russischen Besatzungen für die Ausfahrt. Weiter wurde die Frage des Ausgleichs für die russischen Womambungever geprüft und diesbezüglichen früheren Verfügungen bekräftigt.

Ein Denmal für Gelferino. In Paris hat sich ein Komitee gebildet, das die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die Schlacht von Gelferino

Beachtlich. General Bruh hat das Präsidium übernommen. Die feierliche Einweihung des Denkmals, das von einer Schülerin Merz, von der Bildhauerin Demagne geschaffen wird, soll bei dem kommenden Jubiläum der italienischen Einheit und Freiheit stattfinden.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 21. Februar.

Aufführung der Halle'schen Singakademie:

Joseph.
(Joseph und seine Brüder).
Oratorium von G. Fr. Händel.

Zur Geburtsstagesfeier unseres Georg Friedrich Händel fand gestern Abend unter Leitung des Dirigenten der Halle'schen Singakademie, Herrn Willy Wurlschmidt, die angelegentlichste Aufführung des Händel'schen Oratoriums „Joseph“ statt. Die Singakademie kann hiermit zugleich das Recht der Uraufführung für Deutschland überhaupt in Anspruch nehmen. Herrn Wurlschmidt lauden unterstührend Professor Max Geißler, Berlin und die Kapelle der Schöndorfer Orgel. Eine Glanzleistung bot in der Titelrolle der hier schon bekannte Bassist Herr Kammerjäger Hr. Strathmann in Weimar. Da die Aufführung zu einem vollstimmigen Eintrittspreis veranstaltet wurde, war der Saal fast überfüllt. Die Mitwirkenden wurden während der Aufführung und am Schluss reich mit Beifall überschüttet. In der Abendausgabe werden wir näher auf das Konzert zurückkommen.

Besuch der Werke bei gemeinnützigen Unternehmungen.

Der Vorsteher des ärztlichen Bezirksvereins Leipzig-Land, Dr. med. Goeß, hat an die dem Deutschen Herzvereinsverbände angehörenden Herzvereine folgenden Bescheid erlassen: Die immer erneut an die Werke herantretende Forderung, für log. gemeinnützige Unternehmungen ärztliche Sachkenntnis unentgeltlich zu leisten, ist unklar, da die unter den Ärzten selbst vielfach darüber besteht, wie man sich solchen Anträgen gegenüber zu verhalten habe, verlangt den ärztlichen Bezirksverein Leipzig-Land, falls er dazu die nötige Zustimmung von noch zehn Landesvereinen findet, dem diesjährigen Herbsttag folgenden Antrag vorzulegen: „Der 88. Deutsche Herbsttag fordert die deutschen Ärzte auf, ärztliche Tätigkeit auch in solchen Fällen nur gegen Vergütung auszuüben, wo es sich um sogenannte gemeinnützige Unternehmungen, wie Säuglingsfürsorge, Ausbildung Kater Kreuzkolonnen, Samaritanausbildung, politische Tätigkeit oder ähnliches handelt.“

Christlich-nationale Gewerkschaften. In der nächsten Monatsversammlung (1. März), abends 8 Uhr im Krampffing wird Prof. Dr. Kämmerer einen Vortrag über Familienname halten. Nichtmitglieder, auch Damen, sind als Gäste willkommen. Christlich-nationale Gewerkschaften. Die nächste Karnevalsfestung findet morgen (Freitag) abends 8½ Uhr im S. Vereinslokal, K. Klausstr. 16, statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Jahresbericht, Sassenabschluß sowie Organisation und Agitation. Außerdem findet eine allgemeine Aussprache über die Arbeiten des Sozialen Ausschusses statt. Durch ständige Tätigkeit des Kartells werden in nächster Zeit sich einige Gruppen neu gründen. Die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung ist also im feiten Wachen begriffen.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für die Rechte auf Grund des § 21 Abs. 2 des Reichsgesetzes in vollem Umfange der Eigentümer verantwortlich.)

Eine Bitte an Herrn General Bischoffs. Das Erste Viertel, das am Dienstag an der Reihe ist, möchte doch sehr gern einmal „Madame Butterfly“ sehen. Es hat die Oper noch nicht gehabt. Viele Theaterbesucher.

Provincial-Nachrichten.

Scharlach in der Kaserne.

Quedlinburg, 22. Febr. Die 12. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 165 wurde wegen Scharlachverdachts isoliert.

Entsprungen.

Ohrdruf, 23. Febr. Aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis entsprang in der vergangenen Nacht der Mörder Heinrich Adlung. Wie berichtet, war er am Sonntag verhaftet worden, weil er den Maurer Kesper ermordet hatte. Die sofort aufgenommene Verfolgung des Entsprungenen war ergebnislos.

Die Seefahrt des „Witterfeld“.

Witterfeld, 22. Febr. Von einem der mitfahrenden Herren wird dem „Allg. Anz.“ für Witterfeld“ über die Fahrt folgendes mitgeteilt:

Am Sonntag, den 20. Februar, flogen wir bei einem stürmischen Winde punkt 8 Uhr mit 19 Gd Ballast auf und überflogen mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 30 Kilometern in der Stunde Dessau, Köslau, Loburg, Havelberg, Putzig. Gegen 3 Uhr waren wir bei Krakow in Meßlenburg, und da wir noch 15 Gd Ballast hatten, konnten wir ohne Bedenken an den von Anfang an gefaßten Plan gehen, die Ostsee zu überfliegen. Einer der mitfahrenden Herren wollte hieran nicht teilnehmen und unternahm infolgedessen der Führer bei obigem Dorfe eine Zwischenlandung. Ein hoher Aufwind war zu diesem Zwecke außerordentlich günstig. Der Führer ließ den Ballon am Schoppau über die Bäume schießen und ca. 50 Meter hinter dem Ablande wurde zunächst ohne fremde Hilfe die Zwischenlandung glatt und schnell durchgeführt. Der Ballast wurde auf 15 Gd ergänzt, der betreffende Herr stieg aus und mit unvermindertem Schnelligkeit setzte der „Witterfeld“ seine Fahrt gen Norden fort.

5.50 Uhr erreichte man zwischen Warnemünde und Selligenbamm die Ostsee und 10 Minuten später war außer dem Leuchtturm von Warnemünde nur noch die rauhende See unter dem Ballon zu sehen, in der sich der Mond in allen Farben spiegelte. Außer dem Schlagen der Wellen und einzelnen Mövengeschrien

herrschte rings um uns eine feierliche Stille, und sämtliche 3 Mitfahrenden wurden viele unbeschreiblich schönen Stunden in ihrem Leben nicht vergessen.

Mit Hilfe des Leuchtturms konnte festgestellt werden, daß die nördliche Richtung beibehalten wurde und nach einer Stunde wurde in der Ferne der Leuchtturm von der Spitze der dänischen Insel Lolland gesehen. 7.30 Uhr hatte der Ballon wieder festen Stand unter sich und landete um 7.50 Uhr sehr glatt bei dem Dorfe Lortved, 14 Kilometer von der Station Nykjöbing mit 15 Gd Ballast.

Ein Gutsbesitzer mit seinen Leuten war außerordentlich behilflich; in einer halben Stunde war der Ballon verpackt; während wir mit schnell gekochtem Kaffee und anderen guten Sachen bewirtet wurden, war der Ballon von den Knöcheln aufgeladen und wir wurden noch in derselben Nacht nach Nykjöbing gefahren.

Da von der dänischen Küste schon telephonisch nach Kopenhagen gemeldet war, daß ein Ballon auf See gegangen sei, so waren von verschiedenen größeren dänischen Zeitungen, trotzdem es nichts am 12. Uhr war, die Pressevertreter schon zur Stelle und bereits in den dänischen Morgenblättern konnten die Leser ausführliche Berichte über ihre schöne Fahrt lesen.

Auch diese Fahrt ist wieder ein Zeichen mehr von den großen Sorgen, die der Witterfeld Verein für Luftschiffahrt durch das hiesige Wasserflugzeug hat, und falls dieser kurz Bericht dem Verein neue Freunde zuführt, so haben diese Zeiten ihren Zweck erfüllt.

Tobeschutz beim Turnen.

Weißenfels, 22. Febr. Ein heuereiliger Unglücksfall hat sich gestern nachmittags in der hiesigen Präparandenanstalt zugetragen. Der 15jährige Präparand Hendrich, Sohn des Kunststein-Fabrikanten Hendrich in Naumburg, versuchte trotz des bestehenden strengen Verbots, die Geräte zu gebrauchen, schon vor Beginn der Turnstunde am Schwebel den Fußhang zu machen, glitt dabei ab und zog sich durch den Sturz einen Unterarm in Gefahr zu, der leider während der Nacht seinen Tod herbeiführte.

Aufgang der Schiffahrt.

Torgau, 22. Febr. Der regelmäßige Elbflößfahrts-Verkehr wird heute wieder aufgenommen. Für den Wasserverkehr ist der milde Winter natürlich besonders günstig gewesen; die Schiffer sind die letzten, die sich für Frost und Eis irgendeine Begehrten.

Großfeuer.

Reine, 22. Febr. Seit heute früh 5 Uhr stehen die funktionsfähigen Maschinen der Trichterlei von Rühmeyer in Flammen. Drei Häuser sind bereits abgebrannt. Der Schaden ist bedeutend.

Er will sich's nochmal überlegen.

Leipzig, 22. Febr. In einer Schule in Löbau i. S. schlief während des Unterrichts ein kleiner Junge draußen an die Tür der untersten Schallkappe. Der Lehrer geht hin und fragt den Knirps, was er wolle. Mit wichtiger Miene sagt ihm der kleine Mann, daß er Opfer zu dem Lehrer in die Schule käme; vorher möchte er aber dem Unterricht einmal beiwohnen. Lächelnd weist der Lehrer dem Kleinen einen Platz an, wo dieser mühsenwillig bis zum Schluß des Unterrichts verharret. Als der Unterricht zu Ende ist, äußert der Kleine beim Verlassen des Zimmers auf die Frage, wie es ihm gefallen habe: „Na, mit daß Schule gehen, das war'sch mir leicht noch amal überlegen.“

Besuch des Königs. — Stiftung.

Dresden, 22. Febr. Kurz vor dem 25jährigen Bestehen der orientalischen Tabak- und Zigarettenfabrik Penzide (Inhaber Hugo Zieg, Dresden) wurde der Firma der Besuch des Königs von Sachsen zuteil, der Dienstag, den 22. Febr., in Begleitung der Herrschaften Prinzessin Luise, Prinzessin Viktoria und Prinzessin Marie, um 11 Uhr begann. Der Rundgang durch das 12 000 Quadratmeter umfassende Fabrikgelände mit der Befichtigung des Maschinen- und Seifenlauges, dann folgte die Abweisung für Tabakbearbeitung, die Tabaklager, die Post- und Bahnanlagen, das „Bureau“ der für den Betrieb der Fabrik delegierten Beamten der königlichen Steuerdirektion, das umfangreiche Messinggegenständelager und eine allen modernen Anforderungen entsprechend ausgestattete Anstalt. Nach dem Besuche der Kontorräume, in denen gegen 70 kaufmännische Beamte tätig sind, führte der Kaiser den Besuch nach dem Kuppelraum im zehnten Stock des interessanten Gebäudes, wo das Archiv untergebracht ist. Im 3. Geschoss war auch eine besonders veranlagte Musik untergebracht, die dem König von Sachsen besonders gefiel. Sämtliche Redungen aller Maxen, die zuweilen hinsichtlich aus stürzlichen Plakaterungen, vor allem von: König Friedrich August, S. dem Meisner, Maria, Margarete, M. d. R. und anderes mehr, sowie die Ausstellung von Nothakalen haben ein künftiges Bild und eine Vielgestaltigkeit, die man taumelte.

Zum Schluß machte Herr Fabrikbesitzer Hugo Zieg dem Könige die Mitteilung, daß er anlässlich des Besuchs des Königs eine Stiftung von 50 000 Mark gegründet habe, zugunsten hilfsbedürftiger Beamten und Arbeiter der Firma Penzide, wovon der König seine besondere Betriedigung äußerte.

Ordensverleihungen

in der Provinz.

Den pensionierten Eisenbahnbeamten August Engel zu Weichsel bei Halberstadt, Hermann Richter zu Güssen in Anhalt und Wilhelm Schelsky zu Bernierode, dem pensionierten Eisenbahnweihensteller Friedrich Heuer zu Barneburg im Kreise Neubabensleben, Heinrich Peters zu Halberstadt, dem bisherigen Hilfsbahnwärter Friedrich Jabel zu Langenweddingen im Kreise Naumburg und den bisherigen Bahnunterhaltungsarbeitern Andreas Schüller zu Kömmelte im Kreise Salze und Kurt Zillmer zu Zammendorf im Saalkreise ist das Allgemeine Ehrenzeichen, dem Bahnmüller 1. Kl. a. D. Friedrich W. u. e. u. Magdeburg, bisher in Staffeln, den Oberbahnwärtinnen a. D. Albert Humboldt zu Wern im Kreise Salze und Louis W. u. e. u. Magdeburg im Saalkreise, dem Eisenbahnkolonnenführer a. D. Simon Einbeck zu Magdeburg, Heinrich Radepitzel zu Kömmelte im Kreise Salze und Ludwig Schlegel zu Magdeburg-Buckau der königliche Kronenorden vierter Klasse verliehen worden.

(. (Gasse a. S., 22. Febr. (Selbstmord oder Verbrechen?) Die Leiche der vor einigen Tagen erhängt aufgefundenen Witwe Ringelberg ist wieder ausgegraben worden. Aus verschiedenen Umständen will man schließen, daß an der Frau ein Verbrechen verübt worden ist.

Oberrenten a. S., 22. Febr. (Vom Pferde geschleift.) Gestern mittag wurde der 15jährige Zimmerlehrer Guard Bahre aus Unterdröbigen von dem Gehirte seines Meisters Wahmann von hier überfahren. Das nur einem Auto-mobil scheinende Pferd schleifte ihn, der die Leine um das Handgewinde hatte, eine Strecke mit, wobei er Verletzungen am Kopfe

erhielt und ihm ein Rad den Kopf streifte. Der Verletzte wurde dem Bergmannstorte in Halle a. S. zugeführt.

* Wurzbaß (Thür., 22. Febr. (Opfer des Eises.) Beim Tummeln auf dem morschen Eise eines Teiches vor dem Saal, führten drei Kinder ins Wasser. Zwei vermochten sich zu retten, das dritte, ein Junge des Schneidemeyers Strengfeld, ertrank.

* Mantelberg, 22. Febr. (Eine neue Fischerei.) In der jüngsten Hauptversammlung des Schwarzburger Fischereivereins wurde das meiste der Mitglieder in der Schwärze vorläufigen Beschluß auf eine neuentdeckte Fischerei, die zurzeit nicht zurückgeführt. Es soll daher bei den benachbarten Verwaltungsbehörden die Einrichtung eines einheitlichen Beobachtungsdienstes angeregt werden. Mit Hilfe einer solchen Zentralfstelle sollte man die Suche erschöpfen und bekämpfen zu können.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer kaiserlicher Flügeladjutant.

H. Berlin, 23. Febr. Hauptmann v. Caprivi vom Kaiser Franz-Garde-Genadierregiment ist zum dienstlichen Flügeladjutanten des Kaisers ernannt worden.

Prinz Georg v. Schönau-Carolath +

o Breslau, 23. Febr. (Privattelegramm.) Heute gegen mittag starb auf Schloss Wollenburg im Kreise Reichardt Prinz Georg v. Schönau-Carolath im 64. Lebensjahre. Die Beisetzung findet auf dem Stammtum Saabor bei Grünberg i. Schl. statt.

Dementi.

H. Wien, 23. Febr. Die Meldung der Wälder, Prinz Joachim, der jüngste Sohn des Kaisers, erlerne bei dem Schmiedemeister Hattenberg hierelbst das Schmiedehandwerk, ist vollkommen aus der Luft gegriffen, ebensolange der Prinz in Kiel Vorlesungen an der Universität belegen habe und gleichzeitig die Prinzenkademie besuche.

Nationalzeitung und „Post“.

H. Berlin, 23. Febr. Zu der Meldung, daß die „Nationalzeitung“ ihr Erscheinen am 31. März d. Js. einstellen werde, schreibt die „Post“: Uns ist nichts davon bekannt. Um aber einer weiteren, auf die „Post“ übergreifenden Legendenbildung die Spitze abzugeben, stellen wir ausdrücklich fest, daß das Weiterersehen einer der „Post“ von der Auflösung der Fusion mit der „Nationalzeitung“ in keiner Weise berührt wird.

Geflüchtet.

H. St. Ingbert, 23. Febr. Unter Hinterlassung von 200 000 Mark Schulden ist der Baunternnehmer Hellenthal nach Amerika geflüchtet.

Neuwahlen in Frankreich.

W. Paris, 23. Febr. In zwei Monaten werden die Neuwahlen in Frankreich stattfinden. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Regierung wohl falls das Budget, das Gesetz über die Arbeiterrechte, das Marineprogramm und die Vorlage über die Entfernung der Russen aus der Armees rechtzeitig erledigt würden, die Gesetze am 19. März, spätestens am 24. März schließen und die allgemeinen Kammerwahlen für den 24. April ausgeschrieben zu können.

Schule und Kirche.

H. Brüssel, 23. Febr. In der belgischen Kammer wählte der liberale Deputierte Masson, daß die Regierung ihre Unterstützung den Gemeindeschulen anwenden möchte. Er wies auf die Kämpfe mit der Kirche in den Schulkonferenzen hin, da jene die Geldmittel, welche durch ihre Kongregationen und durch Erbschaften erzielt, dazu benütze, die katholischen Schulen zu begünstigen. Der Vorwurf, daß die Gemeindeschulen sich von der Kirche abwendeten, sei unrichtig. Die religiöse Erziehung des Volkes sei nur durch die einseitige Bevorzugung der katholischen Schule in ganz falsche Bahnen gelenkt worden.

Die Lage in Griechenland.

H. Athen, 23. Febr. Die seit einigen Tagen verbreiteten Gerüchte über die Bildung einer militärischen und politischen Gruppe zur Bekämpfung des Kaiserreichs sind bestätigt. Diese besteht aus dem König und der Militärliga. Diese besteht darauf, daß der Antrag auf Einberufung der Nationalversammlung sobald als möglich vor die Kammer kommt.

Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die Abonnementsentrichtung beizulegen.)
Mademisch gebildeter Landwirtschaftslehrer. 1. Die Dauer des Studiums ist 5 Jahre, einschließlich 2 Jahre Praxis, unter Voraussetzung des Abiturs. Die Kosten hängen sich nach der Höhe der Ansprüche an, auf 8-9000 Mark. Wenn Sie nur die Berechtigung zum „Eingehirten“ haben, dann finden Sie auf einer Praxis von 3 Jahren verpflichtet. — 2. Ja, dann haben Sie Anspruch auf Anstellung an Fachschulen. — 3. Die Gehaltsverhältnisse bewegen sich zwischen 2500 und 5000 Mark. Als Landwirtschaftslehrer z. B. beziehen Sie ein Gehalt von 2400 M., als Direktor 5600 M.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland: Felix Koch; für Nachrichten und Sport: E. G. Volkow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Ankerdienst: Friedrich Endralat; Druck: Verlag von Otto Hendel, Gänzlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Die Werts in Carlswährn sind die Zinsarten an. Es bedeutet: ...

Berliner Börse, 23. Febr. 1910

Markenwert: 1 Pr. L. in. Post. 0.07 - Wert: 1 Gold: 2.00 - Währ. 1.10 - 100.00 ...

Main table containing various stock market listings, including sections for Staats-Pap., Deutsche Pfandbriefe, Eisenbahn-Stamm-Aktien, and Industriell-Aktien. Each entry includes a company name, a numerical value, and a small icon.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional reference information.